

Rede von Botschafter Urs Ziswiler vor der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA), Bern, 23. Juni 2010

Herr Präsident,

es ist mir eine Ehre, vor einem so hochkarätigen Publikum sprechen zu dürfen. Ich bedanke mich dafür.

I.

Gegenwärtig sorgen einige Aspekte der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Schlagzeilen bei uns, doch würde es wohl auch zu einem anderen Zeitpunkt keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen, über diese Beziehungen zu sprechen. Zu gross und bedeutsam ist Amerika, als dass uns dieses Land gleichgültig sein könnte. Die USA dominieren die Weltpolitik, ihre Volkswirtschaft ist fast dreimal so gross wie diejenige des Zweitplatzierten, sie tätigen fast die Hälfte der weltweiten Verteidigungsausgaben und sie setzen, sei es mit Hollywoodfilmen, Kaffeehausketten oder Apple-Produkten, internationale Massstäbe für Kultur und Konsum. Dies alles beeinflusst uns, ob wir uns darüber freuen oder nicht.

In den letzten Jahren kamen indes vermehrt Zweifel auf, ob diese machtvolle Stellung wohl auch in der mittleren und langfristigen Zukunft anhalten werde. Viele sahen in den glücklosen Kriegen im Irak und Afghanistan Symptome eines „imperial overstretch“, einer Überdehnung der Weltmachtsansprüche und Überschätzung der eigenen Fähigkeiten. Die USA seien an ihren politischen und militärischen Grenzen angelangt, hiess es, der Höhepunkt sei erreicht, von jetzt an würde es mehr oder weniger gemächlich bergab gehen. Diese Feststellung schien sich dann auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu bestätigen. Ab 2007 schlitterte die Welt in eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihren Ursprung nicht irgendwo in der unterentwickelten Peripherie des weltwirtschaftlichen Gefüges hatte, sondern mitten in ihrem Herzen, am Immobilienmarkt der USA.

Zunächst möchte ich im ersten Teil meiner Ausführungen einige Bemerkungen zu den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen machen. Angesichts der ereignisreichen jüngsten Zeit werde ich im zweiten Teil versuchen, auf die Zukunftsaussichten der USA einzugehen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Ich möchte ausführen, wo meines Erachtens die langfristigen Schwächen und Stärken des Landes liegen.

II.

Wenn über die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten gesprochen wird, dann fällt früher oder später jeweils gerne der Begriff der „Sister Republics“, ein Schlagwort, das der Berner Gelehrte Jean-Rodolphe de Valltravers vor über zweihundert Jahren in einem Brief an seinen Freund Benjamin Franklin geschaffen hat. Wie es sich für Schwesterrepubliken gehört, haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten seither stets ausgesprochen eng und freundlich gestaltet. Die ähnlichen staatlichen Grundlagen und Werthaltungen haben immer wieder für ein sehr partnerschaftliches Verhältnis gesorgt.

Dies mag aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den letzten Jahrzehnten wiederholt Krisen auftraten. Dabei wurde jeweils deutlich, dass seit Valltravers' Zeiten Amerika zur globalen Supermacht angewachsen ist, während die Schweiz der Kleinstaat von einst blieb. Das Kräfteverhältnis unter den beiden alten Schwesterrepubliken ist, wenn es mal zu Spannungen kommt, ein ungleiches.

Eine erste gravierende Krise brach direkt nach dem Zweiten Weltkrieg aus, als sich die Schweiz wegen ihrer Kriegswirtschaftspolitik heftigen amerikanischen Anschuldigungen gegenüber sah. In den Fünfziger Jahren führten Handelsstreitigkeiten dann zum sogenannten Uhrenkonflikt. Vor fünfzehn Jahren sorgte die Frage der nachrichtenlosen Vermögen für eine neuerliche Krise. Und schliesslich haben Sie jüngst verfolgen können, wie der UBS-Fall und das Schweizer Bankgeheimnis zu Spannungen zwischen unseren beiden Staaten führten.

Letzte Woche haben die eidgenössischen Räte das UBS-Abkommen mit den USA genehmigt, welches der Schweiz die Behandlung von 4450 amerikanischen Amtshilfegesuchen zu UBS-Kontoinhabern ermöglicht. In der vergangenen Session hat zudem der Nationalrat als Zweitrat dem neuen Doppelbesteuerungsabkommen die Genehmigung erteilt. Ferner haben die Geschäftsprüfungskommissionen der beiden Räte ihren Bericht zum Behördenverhalten in der Krise veröffentlicht, in dem, wie ich mit einem gewissen Stolz erwähnen darf, die Botschaft in Washington positiv Erwähnung findet.

Ich bin ausgesprochen glücklich und erleichtert über das Abstimmungsresultat im Parlament, und beileibe nicht nur, weil damit mir und meinen Mitarbeitern in Washington ein Haufen neuer Arbeit erspart bleibt. Ich bin vielmehr voll und ganz überzeugt, dass dies der beste Weg für die Schweiz in dieser zugegebenermassen leidigen Angelegenheit ist. Ich beobachte, dass auf der amerikanischen Seite unterdessen ein gewisses Misstrauen gegenüber der Schweiz herrscht, welches immer mehr auch andere Bereiche unserer Beziehungen überschattet.

Der Bundesrat ging davon aus, dass es in seiner Kompetenz lag, das Abkommen abzuschliessen. Am 21. Januar dieses Jahres urteilte das Bundesverwaltungsgericht dann, dass dieses übergeordnetes schweizerisches Recht verletze und nicht angewendet werden dürfe. Die amerikanische Seite begann sich nach diesem Urteil zu fragen, ob die Schweiz ein vertrauenswürdiger Vertragspartner ist, ja, ob man von der Schweizer Regierung nicht absichtlich hinters Licht geführt worden sei. Mit dem Gang vors Parlament und der Genehmigung des Abkommens als formellen Staatsvertrag hat die Schweiz nun gezeigt, dass sie vertraglich übernommenen Verpflichtungen auch unter erschwerten Umständen nachkommt. Das ist ein wichtiges Signal und für unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den USA von grosser Bedeutung. Noch letzte Woche hat uns nämlich das US-Justizministerium mitgeteilt, dass es ein Ja mit Referendum wie ein Nein einstufen würde.

Ich stelle immer wieder fest, dass in Zusammenhang mit der Diskussion um Steuern und Bankgeheimnis im schweizerischen Publikum ein Missverständnis besteht. Den US-Behörden geht es nicht darum, die kleine Schweiz zu plagen oder deren Skalp zu erbeuten.

Es ging und geht darum, amerikanische Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher zu verfolgen. Die Steuern nicht zu bezahlen ist für die Amerikaner ein Verbrechen, da sind sich Vertreter beider grossen Parteien einig. Vergessen wir nicht, dass die aktuelle Affäre nicht etwa erst unter der demokratischen Administration begonnen hat, sondern bereits während der Regierungszeit George W. Bushs. Wenn in einem Bereich von Bipartisanship gesprochen werden kann, dann ist es in diesem.

Die Angelegenheit um die UBS und der gesamte Problemkomplex des Bankgeheimnisses hat unser Verhältnis zu den USA fraglos beeinträchtigt. Doch hat es sich wirklich dermassen verschlechtert, wie dies teils behauptet wird? In der amerikanischen Bevölkerung haben die Ereignisse des vergangenen Jahres – dazu zählt etwa auch das Minarettverbot, der Fall Polanski oder die Libyenkrise – das Image der Schweiz wenig beeinflusst, wie eine im vergangenen November durchgeführte Umfrage zeigt. 75 Prozent haben nach wie vor ein positives Bild von der Schweiz, zusätzlich werden wir als innovatives und umweltfreundliches Land wahrgenommen. Das heisst aber nicht, dass wir uns mehrere Jahre wie 2009 leisten können, ohne dass unser Ruf Schaden nehmen würde.

Auf offizieller Ebene fanden seit Amtsantritt Präsident Obamas eine überdurchschnittliche Zahl an persönlichen Kontakten zwischen US-Kabinettsmitgliedern und Schweizer Bundesräten statt. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf traf sich mit Justizminister Eric Holder und Bundesrat Hans-Rudolf Merz mit Finanzminister Timothy Geithner. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey kam sogar drei Mal mit Aussenministerin Hillary Clinton zusammen und als Sahnehäubchen gab es ein Treffen zwischen Bundespräsidentin Doris Leuthard und Präsident Barack Obama. In den meisten Bereichen arbeiten wir nach wie vor hervorragend zusammen, und immer wieder ergibt sich in verschiedenen Themenfeldern Potential für noch engere Beziehungen. Hier vier Beispiele:

1.) Schutzmachtmandate. Wir vertreten die Vereinigten Staaten seit 1961 in Kuba und seit 1980 im Iran. Dieses Engagement wird nach wie vor hoch eingeschätzt und gerade das Iranmandat ist angesichts der aktuellen Krise von grosser Bedeutung. Die Mandate

erlauben uns, Zugang zu einem hierarchischen Niveau zu haben, das anderen Ländern ähnlicher Grösse verwehrt ist. Es handelt sich also nicht nur um eine Last für uns, sondern um eine Win-Win-Situation. Auch ausserhalb der formalisierten Mandate sind unsere Dienste gefragt. So legte Amerika unlängst unserer Vermittlungstätigkeit zwischen der Türkei und Armenien grossen Wert bei, war es doch an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten sehr interessiert. Die Angelegenheit war wichtig genug, dass Aussenministerin Hillary Clinton vergangenen Oktober nach Zürich reiste, um der Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens beizuwohnen.

- 2.) Wir haben mit den USA einen fruchtbaren Austausch im Bereich von Wissenschaft und Technologie. Die Schweiz und Amerika gehören zu den Ländern mit der höchsten Innovationstätigkeit. Die Botschaft in Washington und die Schweizer Vertretungen in den USA betrachten den Bereich deshalb seit geraumer Zeit als ein Fokusgebiet ihrer Arbeit und haben unter der Bezeichnung „ThinkSwiss – Brainstorm the Future“ ein Programm eingerichtet, im Rahmen dessen regelmässig Workshops, Paneldiskussionen und andere Veranstaltungen stattfinden. Als Chance betrachten wir Präsident Obamas Plan, die amerikanische Wirtschaft klimafreundlicher und energieeffizienter zu gestalten. Wir Schweizer haben vergleichsweise umfassende Erfahrungen im Bereich sauberer, umweltfreundlicher Technologien und können wertvolle Inputs liefern. Bei ihrem Besuch in Washington vertrat Bundespräsidentin Doris Leuthard persönlich die schweizerische Haltung zu diesem Thema vor einer relevanten Zuhörerschaft. Ziel ist es auch, eine Schweiz jenseits der Klischees zu präsentieren, ohne diese aber zu vergessen.
- 3.) Die monatelange Debatte zur Gesundheitsreform war ein Beispiel für ein politisches Thema, das die Amerikaner über den eigenen Tellerrand hinaus auf die Gegebenheiten in anderen Staaten blicken liess. Das schweizerische Gesundheitswesen weckte bei den Amerikanern einiges Interesse, bietet unser System doch allgemeinen Behandlungszugang, ohne komplett verstaatlicht zu sein. Wir nutzten die Gelegenheit, um in Washington eine Veranstaltung zu organisieren, an welcher der damalige Direktor

des Bundesamts für Gesundheit, Thomas Zeltner, das Schweizer Modell vorstellte. Es ist für unsere gegenseitigen Beziehungen ein positives Zeichen, wenn ein amerikanisches Publikum Interesse für schweizerische Lösungsansätze zeigt und sich mit diesen auseinandersetzt.

Ähnliches konnten wir auch wieder gerade vor zwei Wochen erreichen, als wir auf dem Capitol Hill eine Paneldiskussion zur schweizerischen Schuldenbremse organisierten. Unter anderem beteiligten sich daran John Spratt, der Vorsitzende der Budgetkommission im Repräsentantenhaus, sowie Fritz Zurbrugg, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Es war dies der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, die wir anlässlich des 250. Geburtstags von Albert Gallatin veranstalten, des aus Genf stammenden amerikanischen Finanzministers. Gallatin war nicht irgendein Finanzminister: Er hat nicht nur am längsten gedient, sondern war auch massgeblich an der Gründung der Zentralbank sowie am Louisiana Purchase beteiligt, jenes Landkaufs, der das amerikanische Territorium auf einen Schlag verdoppelte.

- 4.) Schliesslich sind ganz besonders unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nach wie vor ausgesprochen eng. Trotz ihrer geringen Grösse ist die Schweiz der sechstgrösste Direktinvestor in den USA, nachdem sie unlängst Frankreich überholt hat. Insgesamt schafft die Schweiz mit fünfhundert Firmen ungefähr eine halbe Million Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten. Amerika ist zudem unser zweitgrösster Exportmarkt, umgekehrt sind wir immerhin der sechzehntgrösste Exportmarkt der USA: Die Vereinigten Staaten exportieren mehr in die Schweiz als nach Österreich und in alle skandinavischen Länder zusammen. Und schliesslich sind 650 amerikanische Firmen in der Schweiz angesiedelt, teils haben sie Forschungs- und Entwicklungszentren oder ihren Europahauptsitz bei uns.

III.

Lassen Sie mich nun einen Blick auf die Zukunftsaussichten Amerikas werfen, namentlich auf die jüngst so in Mitleidenschaft gezogene Wirtschaft: Ich bin vor gut vier Jahren, im Mai

2006, in Washington angekommen. Damals war die amerikanische Wirtschaft in vollem Schwung. Im ersten Quartal jenes Jahres 2006 hatte sie noch eine erstaunliche annualisierte Wachstumsrate von 5.6 Prozent hingelegt, und die Amerikaner, offenbar voller Zuversicht, konsumierten wie wild. Die Sparquote hatte ihren tiefsten Stand seit vielen Jahrzehnten erreicht und lag zeitweise deutlich im negativen Bereich. Beruhigt vom ständig steigenden Wert ihrer Häuser hielten viele Amerikaner Sparen für überflüssig und genossen die Früchte der florierenden Konjunktur.

Wie wir heute wissen, trog das Bild. Ich wurde vor Ort bald Zeuge der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den Dreissiger Jahren, im Zuge derer die Washingtoner Regierung zu Massnahmen bislang ungekannten Ausmasses gezwungen wurde. Vier Monate vor Ende der Präsidentschaft George W. Bushs stimmte der Kongress einem gewaltigen Bail-out-Plan für die lädierten Finanzinstitute zu. Und nach Amtsübernahme Barack Obamas verabschiedete er ein Stimulierungspaket, dessen Umfang eineinhalb Mal dem Schweizer Bruttoinlandprodukt entspricht.

In Anbetracht dieses gewaltigen Einsatzes sind unterdessen die Nachrichten von der Wirtschaftsfront wieder etwas freundlicher geworden. Seit Herbst 2009 legt die Wirtschaft wieder eine positive Wachstumsrate hin, nachdem sie während mehreren Quartalen Zeit geschrumpft war. Es bleibt aber abzuwarten, ob dieses Wachstum auch anhalten wird, wenn die massive staatliche Wirtschaftsankurbelung ausläuft. Und trotz der allgemein recht freundlichen Wirtschaftszahlen liegt ein besonders heikler Indikator, nämlich die Arbeitslosenquote, mit fast zehn Prozent nach wie vor im roten Bereich.

Wo nun sieht sich Amerika in seiner künftigen Entwicklung besonderen Gefahren gegenüber, und wo verfügt es über besondere Stärken?

Eine besonders belastende Hypothek liegt im zerrütteten Zustand der Staatsfinanzen. Im laufenden Fiskaljahr wird allein die Bundesebene ein Defizit von ungefähr eineinhalb Billionen Dollar schreiben, über zehn Prozent des BIP. Für jeden Dollar, den sie einnimmt,

gibt die Regierung momentan 1.67 Dollar aus. Die Staatsschulden steigen in raschem Tempo an und die Verschuldungsquote, die für die USA im Vergleich zu den grossen westeuropäischen Ländern bislang immer noch recht günstig aussah, verschlechtert sich markant.

Die missliche Budgetsituation ist eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, aber nicht allein. In den Jahren vor der Krise haben die Verantwortungsträger wenig Fiskaldisziplin gezeigt und selbst in wirtschaftlichen Blütejahren bedeutsame Fehlbeträge entstehen lassen. Infolge der demographischen Entwicklung wird sich zudem die Situation des Bundeshaushalts auch nach Bewältigung der Krise nur vorübergehend verbessern. Nach offiziellen Schätzungen werden die USA mindestens zehn Jahre lang tiefrote Zahlen schreiben.

Der amerikanische Staatshaushalt leidet letztlich unter einem massiven strukturellen Ungleichgewicht. Die Amerikaner haben hohe Erwartungen an ihren Staat, wollen starke Streitkräfte und umfassende Sozialleistungen, sind aber nicht bereit, dafür höhere Steuern zu bezahlen. Und kaum ein Politiker traut sich, diesen Widerspruch offen anzusprechen, denn mit einem entsprechenden politischen Programm lassen sich kaum Wahlen gewinnen. Zwar habe ich den Eindruck, dass sich langsam ein gesteigertes Problembewusstsein für die dramatische Lage entwickelt. Man scheint vermehrt zu erkennen, dass die stetig wachsenden Schuldenberge eine Gefahr für die künftige Prosperität und Stabilität des Landes, ja auch für die weltpolitische und weltwirtschaftliche Stellung der USA bedeuten. Wird man es schaffen, rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen?

Hinzu kommt, dass das Haushaltsdefizit nur eines von mehreren strukturellen Ungleichgewichten ist, welche die Gesundheit der US-Wirtschaft bedrohen. Eine grosse Belastung ist auch das nun seit drei Jahrzehnten zunehmende Handelsbilanzdefizit. Hier hat sich zwar neulich eine gewisse Linderung abgezeichnet, doch lässt sich dies mit der konjunkturellen Abkühlung erklären. Sobald die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnt, wird sich das Missverhältnis zwischen Exporten und Importen wohl wieder verstärken.

Auch die im Vergleich zur Schweiz und anderen Ländern enorme Privatverschuldung der amerikanischen Bürger hat sich in den letzten Jahren etwas entschärft. Doch hier wird sich genauso erst noch weisen müssen, ob es sich um einen tatsächlichen Kulturwandel handelt. Schlussendlich scheinen alle drei Ungleichgewichte auf dasselbe simple Grundproblem hinzudeuten: Die Amerikaner geben mehr aus, als dass sie einnehmen. Wie lange kann das gut gehen?

Dazu kommen weitere typisch amerikanische Probleme. Am ehesten kommt uns Schweizern noch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen vertraut vor, die aber in Amerika bereits viel drastischere Ausmasse angenommen hat als hier. Die Amerikaner geben mit 15 Prozent des BIP weltweit klar am meisten für die Gesundheitspflege aus, das zweitplatzierte Land – die Schweiz – folgt mit 11 Prozent erst mit deutlichem Abstand. Das heisst aber nicht, dass die Amerikaner in der Folge soviel gesünder wären als andere Völker, allzu oft ist eher das Gegenteil der Fall.

Ein beträchtlicher Ballast stellt weiter die Prozessfreudigkeit der Amerikaner vor allem in haftungsrechtlichen Fragen dar, die zu einem steten Fluss an Schadenersatzzahlungen führt, gesamtwirtschaftlich aber keinen Mehrwert bringt und nur die zahlenstarke Berufsgruppe der Anwälte ernährt. Ähnliches gilt für das komplexe Steuerrecht. Auch stellen die gewaltigen Militärausgaben letztlich eine beträchtliche Belastung dar, binden sie doch Mittel, die andernorts fehlen.

Ausser den wirtschaftlichen gibt es eine Reihe politischer und sozialer Herausforderungen. Ich habe den Eindruck, dass wir in Europa vor allem drei besondere Aspekte der amerikanischen Gesellschaft und des amerikanischen Politsystems immer wieder unterschätzen, obschon sie für das Verständnis des Landes von grosser Bedeutung sind. Der erste ist der sozioökonomische Status der ethnischen Minderheiten, insbesondere der schwarzen Bevölkerung. Die Emanzipation der Afroamerikaner hat vom Sezessionskrieg bis zur Bürgerrechtsbewegung in den Sechziger Jahren einen guten Teil der amerikanischen

Geschichte bestimmt und das amerikanische Selbstbild mitgeprägt. Trotz der unabstreitbaren Fortschritte ist die Situation der schwarzen Amerikaner aber nach wie vor schwierig, und sie wird sich vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht tendenziell verschlechtern. Durch den Zustrom von Einwanderern aus Lateinamerika ist absehbar, dass die afroamerikanische Bevölkerung sich in ihrem bisherigen ökonomischen Umfeld einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt sieht und weiter an den Rand gedrängt wird.

Zweitens die Rolle der Religion. Glaube und religiöse Überzeugungen sind sehr viel stärker ausgeprägt als bei uns. Viele politische Debatten werden massgeblich von der Religion beeinflusst und verlaufen deshalb oft ganz anders, als wir es uns gewohnt sind. Insbesondere gesellschaftspolitische Themen, wie etwa Abtreibung oder Homosexualität, werden nicht selten vor einem religiösen Hintergrund ausgetragen. Von den 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses geben nur vier offen zu, nicht regelmässig in die Kirche zu gehen.

Schliesslich weist auch das Wahlsystem einige Besonderheiten auf, die uns nicht immer so bewusst sind. Zwar ist uns allen klar, dass wir es in den USA mit einem ausgeprägten Majorzsystem zu tun haben, was zur absoluten Dominanz von bloss zwei Parteien führt. Von einigem Einfluss ist aber auch, dass innerhalb der Parteien die Seniorität von grosser Bedeutung ist und dass wichtige Posten, etwa der Vorsitz von Kongressausschüssen, zumeist ausschliesslich an die ältesten Politiker vergeben werden. Kritikern gibt dies Anlass, von einer Gerontokratie zu reden. Ferner wird das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre neu bestellt. Das hat zur Folge, dass die amerikanische Politik gleichsam in einer ständigen Wahlkampfphase steckt und die Gefahr besteht, dass sachliche und langfristige Diskussionen verunmöglicht werden. Schliesslich wird immer wieder offensichtlich, welche grosse Rolle das Geld im Wahlprozess spielt. Die benötigten Summen werden immer höher, so dass einige Beobachter bereits von der Gefahr einer Plutokratie sprechen. Zum Beispiel hat in Kalifornien Meg Whitman achtzig Millionen Dollar aus ihrem Privatvermögen ausgegeben, um die Primärwahlen der republikanischen Partei für das Gouverneursamt zu gewinnen.

Die Beziehungen der USA zu Drittstaaten wie China, Indien, Nordkorea und Iran sowie die Rolle im Nahen Osten wären allein ein Referat wert.

All die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten wiegen schwer, doch vergessen wir darob nicht die Trümpfe, über die Amerika nach wie vor verfügt. Zahlreiche europäische Länder sind zu Recht neidisch, wie es die USA stets schaffen, die klügsten und fähigsten Talente aus der ganzen Welt in ihr Land zu locken. Kaum ein anderer Ort gibt gescheiterten Köpfen dermassen die Möglichkeit, sich zu entfalten und ihr Können anzuwenden. Eine eindrückliche Anzahl Top-Universitäten sorgt dafür, dass Amerika in der Welt eine unangefochtene akademische Spitzenstellung einnimmt. Zwar hat man vermehrt Mühe, die ausländischen Akademiker nach der Ausbildung auch im Land zu halten. Der amerikanische Arbeitsmarkt ist mit der Krise deutlich weniger attraktiv geworden, und die Studienabgänger aus den aufstrebenden Volkswirtschaften Ostasiens kehren vermehrt in ihre Heimatländer zurück. Doch noch lange wird es genügend Spitzenleute geben, denen es verlockend erscheint, in den USA arbeiten und leben zu dürfen.

Das wertvollste Kapital Amerikas waren immer und sind bis heute die Dynamik, der Unternehmergeist und der Optimismus seiner Bewohner. Das Glas ist stets halbvoll und nicht, wie allzu oft bei uns, halbleer. Man sieht dies beispielsweise seit jeher an der erstaunlichen räumlichen Mobilität der Amerikaner. Ganz anders als die meisten Europäer sind viele Amerikaner ohne weiteres bereit, bei Bedarf ihre Sachen zu packen und an einem anderen Ort des Landes ihr Glück zu versuchen. Noch in den Fünfziger Jahren zogen jedes Jahr ein Fünftel aller Amerikaner um. Doch dieser Anteil hat seither stetig abgenommen, und in der aktuellen Krise ist die amerikanische Binnenmobilität auf ein neues Rekordtief gefallen.

Zeigt dies, dass den Amerikanern ihr traditioneller Optimismus und ihr Pioniergeist abhanden gekommen sind? Ich habe tatsächlich des Öfteren diesen Eindruck. Anders als früher

zweifeln heute viele Amerikaner, dass es ihre Kinder unweigerlich einmal besser haben werden als sie es selbst haben. Es herrscht nicht mehr dieselbe Zuversicht im Land, die man noch vor einigen Jahren antraf und die uns immer fasziniert hat. Ich hoffe aber, und bin insgeheim auch optimistisch, dass der alte amerikanische Spirit zurückkehren wird. Wenn nicht, dann hätte Amerika wahrlich sein wertvollstes Kapital verloren.

Wir Europäer und Schweizer haben oft die Tendenz, gegenüber den USA ganz besonders kritische Beobachter zu sein. Wenn wir dann aber die Frage gestellt bekommen, ob wir denn lieber China, Indien oder Russland als einzige Supermacht haben wollten, ziehen die meisten von uns doch weiterhin eine Welt mit Amerika als einziger Grossmacht vor. Damit möchte ich schliessen und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken.